

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 30. Januar 2025

Sperrfrist: 10:30 Uhr

16. Sicherheitsreport

Deutsche fühlen sich zunehmend unsicher

- **Sicherheitsgefühl der Bevölkerung sinkt signifikant**
- **Breiter gesellschaftlicher Konsens: zu viele Flüchtlinge**
- **Immer noch hohes Bedrohungsgefühl durch Inflation, geringe Sorge um Staatsverschuldung**
- **Große Sorgen über militärische Konflikte – veränderter Blick auf die USA als Bündnispartner**
- **Mehrheit der Bevölkerung für Einführung eines Grundwehrdienstes**
- **Sorge über schlechte Vorbereitung auf Krieg und Katastrophen**

Weiter rückläufiges Sicherheitsgefühl

In den letzten Jahren hat sich das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung signifikant vermindert. Der Anteil, der sich in Deutschland sicher fühlt, ist zwischen 2022 und 2025 von 76 auf 60 Prozent zurückgegangen. 41 Prozent haben den Eindruck, dass sich auch in ihrer Gegend in den letzten Jahren die Sicherheit verringert hat. Knapp jeder Zweite hat im eigenen Umfeld Gebiete, durch die man nachts nicht allein gehen möchte. 58 Prozent der Frauen und 36 Prozent der Männer sehen dies so. Die Sorge, als Unbeteiligter plötzlich Opfer eines Gewaltverbrechens zu werden, ist von 14 Prozent im Jahr 2022 auf nun 30 Prozent angestiegen. 42 Prozent der Deutschen fürchten sich auch vor Anschlägen und Terrorakten. Hier lag der Wert im Jahr 2022 noch bei 24 Prozent.

„Die Garantie von Sicherheit ist eine der zentralen Aufgaben des Staates und die Bürger haben immer mehr den Eindruck, dass es hier an Konsequenz fehlt“, sagt Prof. Dr. Renate Köcher.

Als Gruppierungen, von denen in Deutschland große Gefahren ausgehen, sieht die Bevölkerung weiterhin vor allem islamistische Gruppen, Großfamilien aus dem arabischen Raum, die Mafia und Rechtsextremisten.

Die Sorgen der Bevölkerung: Krieg, Inflation, Flüchtlinge

Es gibt nach wie vor vieles, was der Bevölkerung akute Sorgen bereitet, insbesondere der Krieg in der Ukraine, die unsichere Weltlage und auch nach wie vor die Inflation. 75 Prozent sind über den Krieg in der Ukraine sehr besorgt, 70 Prozent über die unsichere und unberechenbare Weltlage sowie über die Inflation.

Auch wenn die Asylanträge in Deutschland und Europa abgenommen haben, sind annähernd zwei Drittel der Bevölkerung über den Andrang von Flüchtlingen nach Europa beunruhigt. Es gibt einen breiten gesellschaftlichen Konsens, dass Deutschland zu viele Flüchtlinge aufgenommen hat: 81 Prozent der Bevölkerung sehen das so, in Ostdeutschland 85 Prozent.

Großes Bedrohungsgefühl durch Inflation, geringe Sorge um Staatsverschuldung

Die Sorgen über die wirtschaftliche Entwicklung und die Perspektiven wichtiger Industriezweige haben zum einen mit der derzeitigen Wachstumsschwäche zu tun, aber auch mit der Erkenntnis, dass die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft heute ganz anders herausgefordert wird als noch vor einigen Jahren. So ist die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung überzeugt, dass heute vor allem von China, aber auch von den USA erhebliche Risiken für die deutsche Wirtschaft ausgehen: 83 Prozent sehen China als großes Risiko, zwei Drittel die USA, knapp jeder Zweite auch Russland.

Trotz der Sorge über die wirtschaftliche Entwicklung und das Schicksal wichtiger Industriezweige bewegen sich die Ängste um den eigenen Arbeitsplatz nach wie vor auf niedrigem Niveau. Lediglich 14 Prozent der Bevölkerung fühlen sich durch Arbeitslosigkeit bedroht und die Mehrheit der Bevölkerung bewertet die eigene finanzielle Lage positiv. Inflationsängste bereiten der Bevölkerung weitaus mehr Sorgen als die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes. 51 Prozent der Bevölkerung fühlen sich durch Inflation persönlich bedroht; damit gehen Inflationsängste zwar sukzessive zurück, aber deutlicher langsamer als die reale Inflationsrate.

Am wenigsten beunruhigt die Bevölkerung zurzeit die Staatsverschuldung. Lediglich 20 Prozent machen sich darüber große Sorgen, ein bemerkenswert niedriger Anteil angesichts der schwierigen Haushaltsdebatten der letzten Monate.

Olaf Scholz versus Friedrich Merz: Wirtschaftskompetenz im Vergleich

Eine Stärkung der deutschen Wirtschaft wird zurzeit weitaus mehr Friedrich Merz als dem Amtsinhaber Olaf Scholz zugetraut. 48 Prozent trauen Friedrich Merz eher zu, die Wirtschaft in Deutschland zu stärken, 7 Prozent Olaf Scholz. Selbst von den Anhängern der SPD wird Wirtschaftskompetenz eher dem Herausforderer als dem eigenen Kanzler zugeordnet.

„Neben einer besseren Kontrolle und Steuerung von Migration erhofft sich die Bevölkerung von der nächsten Bundesregierung vor allem, dass sie die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft verbessert und dadurch die Phase der Wachstumsschwäche beendet“, erklärt Prof. Dr. Renate Köcher.

Große Sorgen über die militärischen Konflikte

Seit dem Ausbruch des Ukraine-Krieges sind Kriegsgefahren für die Bevölkerung real geworden. 61 Prozent der Bundesbürger machen sich große Sorgen, dass Deutschland in militärische Konflikte verwickelt werden könnte. 44 Prozent fühlen sich durch dieses Risiko persönlich bedroht. Vor Ausbruch des Ukraine-Krieges lag dieser Anteil lediglich bei 21 Prozent. Der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung macht der Ukraine-Krieg unverändert große Sorgen. 90 Prozent sind darüber außerordentlich beunruhigt, gefolgt vom Nahost-Konflikt. Mit großem Abstand folgt die Sorge betreffend der Situation in Syrien, dem Handeln Nordkoreas und Chinas Ambitionen in Bezug auf Taiwan. 42 Prozent der Bevölkerung machen sich große Sorgen über Syrien, 40 Prozent über Nordkorea, 34 Prozent über die Beziehung von China zu Taiwan.

Olaf Scholz versus Friedrich Merz: Wer gilt als der bessere Friedenskanzler?

Die Beunruhigung über den mittlerweile drei Jahre andauernden Ukraine-Krieg und die Sorge, dass Deutschland verstärkt in diese Auseinandersetzung hineingezogen werden könnte, führt dazu, dass der vorsichtige Kurs des Bundeskanzlers von einem Teil der Bevölkerung durchaus honoriert wird. 32 Prozent trauen eher Olaf Scholz als Friedrich Merz zu, dafür zu sorgen, dass Deutschland nicht in militärische Auseinandersetzungen verwickelt wird; jeder Fünfte geht davon aus, dass dies eher unter einem Kanzler Merz erreicht würde. 32 Prozent trauen jedoch keinem von beiden zu, Deutschland aus militärischen Auseinandersetzungen herauszuhalten.

Wunsch nach schnellem Ende des Ukraine-Krieges

Viele Bürger wünschen sich mittlerweile ein rasches Ende des Ukraine-Krieges, auch um den Preis von Gebietsverlusten. 52 Prozent der Bevölkerung vertreten diese Position, während lediglich 24 Prozent widersprechen. Dabei gibt es einen gravierenden Unterschied zwischen West und Ost: Während die westdeutsche Bevölkerung in dieser Frage gespalten ist, votieren zwei Drittel der ostdeutschen Bevölkerung für eine rasche Beendigung des Krieges auch um den Preis, dass Russland die besetzten Gebiete behält.

Auch das Risiko, dass Russland nach der Ukraine weitere Länder angreift, wird in West und Ost völlig unterschiedlich gesehen. Während die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung davon überzeugt ist, kann sich das nur eine Minderheit der ostdeutschen Bevölkerung vorstellen: 50 Prozent der westdeutschen Bevölkerung erwarten, dass Russland in den nächsten Jahren nach der Ukraine weitere Länder angreifen wird, dagegen nur 27 Prozent der Bürger in den ostdeutschen Bundesländern.

„Es gibt eine heftige Spaltung unter den Bundesbürgern, was die Sicherheitspolitik angeht. Die eine Hälfte der Westdeutschen ist zu Zugeständnissen an Russland bereit und will einen schnellen Frieden in der Ukraine, die andere Hälfte nicht. Zwei Drittel im Osten wollen diesen schnellen Frieden. Diese Spaltung macht es für jede Bundesregierung schwer, in Sachen Sicherheit entschlossen zu handeln“, analysiert Prof. Dr. Klaus Schweinsberg.

Länder, die als größte Friedensgefährder gesehen werden

Nach wie vor ist Russland für die Bevölkerung der Friedensgefährder Nummer 1. 79 Prozent sind überzeugt, dass in den nächsten Jahren von Russland die größte Bedrohung für den Frieden in der Welt ausgeht. Auf den nächsten Rängen folgen nahezu gleichauf Iran, China und Nordkorea, die jeweils von gut der Hälfte der Bevölkerung als Länder gesehen werden, die den Frieden in der Welt bedrohen. Diese Einschätzung hat sich in den letzten zwölf Monaten nicht signifikant verändert. Das gilt jedoch nicht in Bezug auf die USA, die mittlerweile von 46 Prozent der Bevölkerung als Risiko für den Weltfrieden gesehen werden.

Veränderter Blick auf die USA

Mit der Wahl von Donald Trump als US-Präsident schwindet das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in den wichtigsten Bündnispartner. Die Überzeugung, dass von den USA in den nächsten Jahren große Gefahren für den Frieden in der Welt ausgehen, hat steil von 24 auf 46 Prozent zugenommen. Schon während der ersten Präsidentschaft von Donald Trump galten die USA immer mehr als Friedensrisiko; 2020 waren davon 61 Prozent überzeugt, unmittelbar nach dem Wechsel zu Joe Biden nur noch 31 Prozent. Parallel verändert sich das Vertrauen in die Verlässlichkeit der USA als Bündnispartner. Während der ersten Präsidentschaft von Trump überwogen hier bei Weitem die Zweifel, die sich aber nach dem Präsidentenwechsel rasch zurückbildeten. In den letzten Monaten sind diese Zweifel jedoch wieder von 29 auf 53 Prozent angestiegen, während nur noch 23 Prozent die USA als verlässlichen Partner einschätzen.

„Die Deutschen glauben nicht mehr an die USA als verlässlichen Bündnispartner. Das Vertrauen in die NATO ist aber (noch) intakt. Für mich ein deutlicher Hinweis an eine künftige Regierung, insbesondere die NATO aus Europa heraus zu stärken. Das wird nicht ohne höhere Verteidigungsausgaben in allen europäischen NATO-Mitgliedstaaten gehen“, erklärt Prof. Dr. Klaus Schweinsberg.

Trotz dieser großen Zweifel ist die Mehrheit der Bevölkerung überzeugt, dass die NATO im Falle eines russischen Angriffs auf einen Mitgliedstaat stark genug wäre, um sich gegen Russland zu verteidigen. 56 Prozent sind davon überzeugt, während nur jeder Fünfte dezidierte Zweifel äußert. Die westdeutsche Bevölkerung ist signifikant mehr als die ostdeutsche Bevölkerung überzeugt, dass die NATO einen russischen Angriff abwehren könnte; 58 Prozent der Westdeutschen, 44 Prozent der Ostdeutschen sind davon überzeugt.

Allerdings hat die Sicht in der Bevölkerung, dass man sich aus militärischen Konflikten heraushalten sollte, seit Ausbruch des Ukraine-Krieges kontinuierlich verstärkt. In den letzten Monaten ist hier jedoch eine Trendwende zu beobachten. Der Anteil der Bevölkerung, der dafür votiert, sich bei einem Angriff auf einen NATO-Mitgliedstaat aus den militärischen Auseinandersetzungen herauszuhalten, ist seit Anfang 2024 von 38 auf 32 Prozent zurückgegangen, die Unterstützung für eine Beteiligung an Militäreinsätzen von 37 auf 42 Prozent angewachsen.

Für finanzielle und personelle Stärkung der Bundeswehr

Die überwältigende Mehrheit der Bürger hält mehr Investitionen in innere wie äußere Sicherheit für notwendig. 62 Prozent unterstützen eine deutliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Allerdings möchten nur vier von zehn Bürgern für diesen Zweck die Schuldenbremse aufweichen. Auch hier sind die Meinungen zwischen Ost und West gespalten: 65 Prozent der Westdeutschen, aber nur 48 Prozent der Ostdeutschen unterstützen eine deutliche Erhöhung der Verteidigungsausgaben. 44 Prozent der Westdeutschen und 26 Prozent der Ostdeutschen würden dafür auch die Schuldenbremse aufweichen.

Die Vorstellungen derjenigen, die für höhere Verteidigungsausgaben votieren, wie diese Mehrausgaben finanziert werden sollen, sind gespalten. 41 Prozent plädieren für neue Schulden, jeder Dritte für Kürzungen bei den Sozialausgaben, 19 Prozent für höhere Steuern.

Mehrheit für Einführung eines Grundwehrdienstes

Den Vorschlag der Einführung eines zwölfmonatigen Grundwehrdienstes befürwortet eine Mehrheit der Bevölkerung. 54 Prozent votieren dafür, ihn für Männer und Frauen einzuführen, nur 27 Prozent möchten einen Ausschluss von Frauen. Auch unter Frauen selbst überwiegt die Forderung, wenn man einen Grundwehrdienst einführt, dann für beide Geschlechter. Nur die schwächeren sozialen Schichten reagieren reservierter; nur 39 Prozent möchten den Wehrdienst auch auf Frauen ausdehnen, dagegen 68 Prozent der höheren Sozialschichten.

„In Anbetracht der breiten Unterstützung in der Bevölkerung für die Einführung eines zwölfmonatigen Grundwehrdienstes und der Unfähigkeit der Politik, dies umzusetzen, muss man von einem eklatanten Führungsversagen sprechen. Angesichts der Aufrüstung in Russland werden wir um eine Wehrpflicht nicht umhinkommen. Je schneller diese eingeführt wird, desto besser“, sagt Prof. Dr. Klaus Schweinsberg.

Schlecht vorbereitet auf Krieg und Katastrophen

Das Risiko von Krieg und Katastrophen ist für weite Teile der Bevölkerung heute weitaus realer als noch vor wenigen Jahren. Die Vorbereitung Deutschlands auf den Kriegs- oder Katastrophenfall wird jedoch von der überwältigenden Mehrheit kritisch bewertet. Lediglich 10 Prozent sehen Deutschland

gut vorbereitet auf eine Situation, in der es zum Krieg oder zu einer Katastrophe kommt. 82 Prozent sind dagegen überzeugt, dass Deutschland nur sehr eingeschränkt oder überhaupt nicht auf solche Fälle vorbereitet ist.

Über den Sicherheitsreport:

Der Sicherheitsreport wurde 2011 vom Centrum für Strategie und Höhere Führung entwickelt und wird seither jährlich erhoben.

Im Auftrag des Centrums für Strategie und Höhere Führung führt das Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach jährlich eine repräsentative Befragung zu den Risikowahrnehmungen und -einschätzungen der Bevölkerung durch. Der Sicherheitsreport 2025 stützt sich auf insgesamt 1015 mündlich-persönliche Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre. Die Befragung wurde zwischen dem 7. und 18. Januar 2025 durchgeführt. Die Leitung der Studie liegt bei Professor Dr. Renate Köcher und Professor Dr. Klaus Schweinsberg.

Weitere Ergebnisse unter: www.sicherheitsreport.net

Pressekontakt:

Markus Förderl
Markus.Foederl@glh-online.com
0172 9051869

Dr. Markus Küppers
mkueppers@ifd-allensbach.de
07533 805-0

Das Centrum für Strategie und Höhere Führung

Das Centrum für Strategie und Höhere Führung wurde 2009 von Professor Dr. Klaus Schweinsberg gegründet. Ein Tätigkeitsschwerpunkt sind Trainings für das Entscheiden in komplexen Lagen und unter hoher Unsicherheit. Klaus Schweinsberg lehrt an der École Supérieure de Commerce de Paris (ESCP) und der European School of Management and Technology (ESMT) in Berlin.

Das Institut für Demoskopie Allensbach

Das Institut für Demoskopie Allensbach (IfD Allensbach), häufig auch einfach als »Allensbacher Institut« bezeichnet, wurde 1947 von Professor Dr. Dr. h.c. Elisabeth Noelle-Neumann (1916-2010) gegründet. Es gehört heute zu den renommiertesten Adressen für die Umfrageforschung in Deutschland. Als Geschäftsführerin leitet Professor Dr. Renate Köcher das IfD Allensbach. Das Institut befindet sich im Besitz der Stiftung Demoskopie Allensbach.